

An den Landkreis Ostprignitz-Ruppin  
Referat Recht  
Virchowstraße 14-16  
16816 Neuruppin

rechtsamt@opr.de

**Bewerbung zur Aufnahme in die Vorschlagsliste des Landkreises Ostprignitz-Ruppin zur Neuwahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter für die Amtsperiode 2026 bis 2031**

- am Sozialgericht Neuruppin
- am Landessozialgericht Berlin-Brandenburg

Ich beantrage die Aufnahme in die Vorschlagsliste für die Wahl einer ehrenamtlichen Richterin/eines ehrenamtlichen Richters. Ich bin bereit, im Falle meiner Berufung das Amt einer ehrenamtlichen Richterin bzw. eines ehrenamtlichen Richters beim Sozialgericht Neuruppin bzw. dem Landessozialgericht Berlin-Brandenburg zu übernehmen.

|   |  |
|---|--|
| Name, ggf. Geburtsname                                  |  |
| Vornamen (Rufname unterstreichen)                       |  |
| Geburtsdatum  |  |
| Geburtsort  |  |
| Staatsangehörigkeit                                     |  |
| Privatanschrift (Straße, Hausnummer, Postleitzahl, Ort) |  |
| ausgeübter Beruf  |  |
| Telefonnummer   |  |
| E-Mail-Adresse  |  |

**Die nachstehenden Fragen sind genau zu beantworten (Striche genügen nicht). Die Fragen dienen der Prüfung etwaiger Ausschluss- oder Ablehnungsgründe nach dem Sozialgerichtsgesetz (SGG).**

|  |  |
|--|--|
| Haben Sie die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter durch strafgerichtliche Verurteilung verloren?   |  |
| Sind Sie wegen eines Verbrechens oder eines vorsätzlichen Vergehens zu einer Freiheitsstrafe von mehr als 6 Monaten verurteilt worden?   |  |
| War oder ist gegen Sie ein Ermittlungsverfahren wegen eines Verbrechens oder Vergehens anhängig? (Falls dies zutrifft, sind das Gericht und das Aktenzeichen anzugeben)  |  |
| Sind Sie in den Vermögensverfall geraten?<br>(Einleitung eines Insolvenzverfahrens?)   |  |
| Besitzen Sie das Wahlrecht zum Deutschen Bundestag?  |  |
| Sind Sie Mitglied der Vorstände von Trägern und Verbänden der Sozialversicherung, der Kassenärztlichen (Kassenzahnärztlichen) Vereinigungen oder der Bundesagentur für Arbeit (ggf. welcher)?  |  |
| Sind Sie Bedienstete/r von Trägern und Verbänden der Sozialversicherung, der Kassenärztlichen (Kassenzahnärztlichen) Vereinigungen, der Dienststellen der Bundesagentur für Arbeit, der Kreise oder kreisfreien Städte (ggf. welcher)? |  |
| Sind Sie bereits ehrenamtliche Richterin/ehrenamtlicher Richter (Schöffe)? (Falls dies zutrifft, geben Sie bitte das Gericht [Kammer, Senat] und Dauer der Amtsperiode an.)  |  |
| Würden Sie für den Fall Ihrer Wahl Ablehnungsgründe aufgrund des § 18 Absatz 1 des Sozialgerichtsgesetzes geltend machen? (Falls dies zutrifft, bezeichnen Sie bitte die Ablehnungsgründe näher.)                                      |  |

Ich erkläre hiermit, dass ich die vorstehenden Fragen wahrheitsgemäß beantwortet habe.

Ich bin damit einverstanden, dass zur rationellen Durchführung des Vorschlagsverfahrens meine Daten automatisiert gespeichert und verarbeitet werden.

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
vollständige Unterschrift

Name: \_\_\_\_\_

Anschrift: \_\_\_\_\_

### Erklärung

Gemäß § 44a Absatz 1 des Deutschen Richtergesetzes vom 19. April 1972 (BGBl. I S. 713), zuletzt geändert durch Artikel 9 des Gesetzes vom 22. Oktober 2024 (BGBl. 2024 I Nr. 320) soll zu dem Amt als ehrenamtlicher Richter bzw. als ehrenamtliche Richterin nicht berufen werden, wer

1. gegen die Grundsätze der Menschlichkeit oder der Rechtsstaatlichkeit verstoßen hat  
oder
2. wegen einer Tätigkeit als hauptamtlicher oder inoffizieller Mitarbeiter bzw. als hauptamtliche oder inoffizielle Mitarbeiterin des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik im Sinne des § 6 Absatz 4 des Stasi-Unterlagen-Gesetzes vom 20. Dezember 1991 (BGBl. I S. 2272) oder als diesen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nach § 6 Absatz 5 des Stasi-Unterlagen-Gesetzes gleichgestellte Person für das Amt eines ehrenamtlichen Richters bzw. einer ehrenamtlichen Richterin nicht geeignet ist.

Die o. g. Umstände liegen bei mir nicht vor.

Die o. g. Umstände liegen bei mir vor (Berufung zum ehrenamtlichen Richter bzw. zur ehrenamtlichen Richterin evtl. nicht möglich).

Begründung:

Ich nehme außerdem zur Kenntnis, dass gemäß § 44b Absatz 1 des Deutschen Richtergesetzes ein ehrenamtlicher Richter bzw. eine ehrenamtliche Richterin von seinem bzw. ihrem Amt abzuberufen ist, wenn nachträglich in § 44a Absatz 1 des Gesetzes bezeichnete Umstände bekannt werden.

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift